

DDR-Delegation in Mexiko-City

Aufnahme unserer Hochschule in die Internationale Vereinigung der Universitäten
Von Magnifizenz Professor Dr.-Ing. Gruner

In der Zeit vom 6. bis 12. September fand in Mexiko die 3. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung der Universitäten statt, an der Vertreter von 220 Universitäten und technischen Hochschulen aus 69 Ländern teilnahmen. Die Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik waren durch die Rektoren der Humboldt-Universität, der Karl-Marx-Universität, der Martin-Luther-Universität, der Friedrich-

Schiller-Universität, der Universität Rostock und der Technischen Hochschule vertreten. Während die Humboldt-Universität Berlin und die Karl-Marx-Universität Leipzig der Vereinigung bereits angehörten, wurden die anderen Universitäten und die Technische Hochschule Dresden neu aufgenommen.

Die Vereinigung hat sich das Ziel gesetzt, auf internationaler Ebene Erfahrungen auf allen Gebieten der Hochschulbildung auszutauschen.

Aus dem sozialistischen Lager waren Vertreter des Hochschulwesens der

Gemeinschaftsarbeit, die sich in zahlreichen Seminarsgruppen unserer Hochschule entwickelt hat, berichtet und auf die vielfältigen Verbindungen unserer Hochschulbildung mit der Praxis hingewiesen, die im praktischen Jahr, im Vorpraktikum und Berufspraktikum ihren Ausdruck fin-

reicht wird, weil unsere Deutsche Demokratische Republik ein sozialistisches Land ist.

Wenn man diesen kurzen Bericht mit den Meldungen der großen westdeutschen Tageszeitungen vergleicht, ist man geneigt, anzunehmen, daß von zwei verschiedenen Kongressen die Rede ist. Die westdeutsche Presse verschweigt zum Beispiel, daß an der Tagung eine Rektoren-Delegation der DDR teilnahm und daß unsere Vertreter die Gelegenheit benutzten, die sozialistische Auffassung zu einigen Grundfragen der Hochschulausbildung vorzutragen. Die Westpresse spricht nur von der „deutschen Delegation“.

Es ist geradezu belustigend, wenn die „Welt“ in ihrer Ausgabe vom 12. September 1960 in einem Bericht über die Rektorenkonferenz schreibt: „In der Sicht des chinesisch-sowjetischen Staatenblocks dient die Universität in erster Linie der Förderung ständlicher Interessen.“ Damit will man den naiven Teil der Leser offensichtlich glauben machen, daß die Universitäten in den kapitalistischen Ländern „autonom“ sind. „Die Welt“ tut dabei noch so, als wenn es sich um eine völlig „unpolitische“ Aussprache gehandelt hätte. Alle (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Delegation vor dem Abflug (erster von links: Prof. Dr.-Ing. Gruner, der Rektor unserer Hochschule).

Bowjetunion; Volkspolens; der CSSR, Rumaniens und der Volksrepublik Vietnam anwesend. Von den jungen Nationalstaaten hatten zum Beispiel Indonesien, Indien, die VAR, der Sudan, Kongo und Kuba Vertreter entsandt.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Generalversammlung standen die Themen „Hochschulausbildung und Staatsdienst“, „Wissenschaft und Kultur“ und „Ausweitung des Hochschulstudiums“. Beim letzteren Themenkreis ging es sowohl um die mit der Vergrößerung der Studentenzahl an den bestehenden Hochschulen zusammenhängende Probleme, als auch um die Vermehrung der Lehrgebiete innerhalb der bestehenden Hochschulen und die Gründung neuer Hochschulen.

In meinem Diskussionsbeitrag sprach ich über „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Mittel zur Aktivierung der Studienarbeit“.

Die Ausführungen behandelten die kollektive Zusammenarbeit zwischen unseren Hochschulen am Beispiel des Vertrages der Humboldt-Universität mit unserer Fakultät für Elektrotechnik über die gemeinsame Durchführung eines Abendstudiums für Mitarbeiter der Berliner Elektrowerkstoffe. Weiter wurde über die sozialistische

den, aber auch darin, daß die meisten Studenten ihre Beleg- und Diplomarbeiten für die und zum Teil in der Praxis durchführen, wobei es nicht nur darum geht, das erlernte theoretische Wissen praktisch anzuwenden, sondern sich auch mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Problemen der Praxis vertraut zu machen.

Andere Rektoren der DDR-Delegation gingen in der Diskussion auf unsere Vorstudienausbildung an den polytechnischen Oberschulen, auf unsere Bemühungen um die Entwicklung eines zahlreichen, für die Lehraufgaben geeigneten wissenschaftlichen Nachwuchses ein sowie auf Fragen unseres Fern- und Abendstudiums und das Studium der Landwirtschaftswissenschaften.

Der Technischen Hochschule Dresden bietet sich durch ihre Teilnahme an den Veranstaltungen der Internationalen Vereinigung der Universitäten die Möglichkeit, ihre Gedanken und Bestrebungen, das Hochschulstudium zu vertiefen, einem internationalen Forum nahebringen und ihm darzulegen, mit welchen Erfolgen sie sich um die Erfassung aller bildungsfähigen Kräfte unseres Volkes bemüht.

Sie wird versuchen, die Vertreter aus den kapitalistischen Ländern davon zu überzeugen, daß unser Ziel, eine allseitig gebildete Nation zu werden, er-

Zum ersten Male Richterwahl

Am 12. Oktober 1960, 16 Uhr, wird sich der Direktor des Kreisgerichts Dresden-Süd, Genosse Konrad Jäger, im Festsaal Dülferstraße den Angehörigen der TH vorstellen.

Aus diesem Anlaß hat sich die Vorsitzende des Schöffengerichtskollektivs an der TH, Genossin Drachsel, mit dem Genossen Jäger über einige Fragen zur Richterwahl unterhalten. Auf die Frage: Inwiefern stellt die Richterwahl eine Erweiterung der Demokratie dar? antwortete Genosse Jäger:

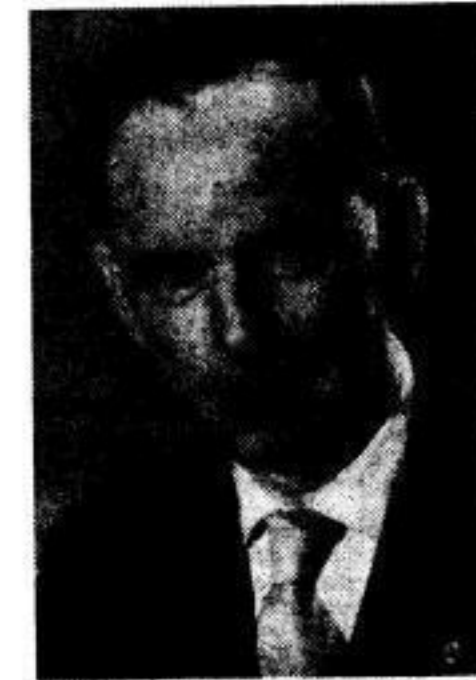
„Die fortschreitende Entwicklung in unserem Staat auf dem Wege zum Sozialismus erfordert eine immer stärkere Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung

des Justizbereichs voll bewährt haben und die die Gewähr dafür bieten, daß sie das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen werden.“

Worin besteht nun die Hauptaufgabe der Justizorgane?

Genosse Jäger sagte auf diese Frage: „Die Justizorgane müssen mit den Organen der Staatsmacht eng zusammenarbeiten und deren Aufgaben und Pläne mit den Mitteln der Justiz durchzusetzen helfen. Die Gerichte dürfen z. B. nicht bei der Beurteilung eines Einzelfalles stehenbleiben, sondern sie müssen die Schwerpunktaufgaben erkennen und - vom Einzelfall ausgehend - eine breite Erziehungsarbeit leisten. Der Richter darf seinen Arbeitsplatz nicht nur im Gericht haben, sondern er muß gleichzeitig in den Betrieben, LPGs und PGHs seines Kreises oder Bezirks ein Berater und Helfer sein.“

Über seine bisherige Arbeit wird Genosse Jäger am 12. Oktober an unserer Hochschule sprechen und auch Fragen der Bevölkerung erschöpfend beantworten. Zu dieser Veranstaltung sind die Angehörigen der TH herzlich eingeladen.



Genosse Konrad Jäger, Direktor des Kreisgerichts Dresden-Süd.

des Staates. Auf dem Gebiete der Justiz ist dies durch die Mitarbeit der Schöffen, die jeweils auf die Dauer von drei Jahren durch die Bevölkerung gewählt werden, bereits verwirklicht worden. Mit dieser demokratischen Form der Wahl der Schöffen hat die Ernennung der Berufsrichter, die bisher durch den Minister der Justiz erfolgte, nicht Schritt gehalten. Das Gesetz über die Wahl der Richter, das im vorigen Jahr von der Volkskammer angenommen wurde, ist ein weiterer Schritt beim Ausbau unserer sozialistischen Demokratie. Wenn auch bei der Ernennung der Richter durch den Minister der Justiz große Sorgfalt geübt wurde, so stellt eine Wahl der Richter dem gegenüber eine noch höhere Qualität dar. Die Volksvertretungen werden nur den Kandidaten ihre Zustimmung geben, die sich auf ihrem bisherigen Ar-

Interessantes Kolloquium

Anwendung von radioaktiven Isotopen im Bauwesen

Das am Institut für Baubetriebswesen im Rahmen des Seminars für Konstruktiven Ingenieurbau am 3. Oktober durchgeführte Kolloquium über „Anwendung von radioaktiven Isotopen im Bauwesen“ wertete die zum gleichen Thema in Leipzig durchgeführte Tagung speziell für den Arbeitsbereich des Institutes aus.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch Professor Lewicki, der das Kolloquium leitete, hielt Dozent Dr. Pohl von der Hochschule für Bauwesen in Leipzig ein einführendes Referat. Nachdem er zunächst auf die physikalischen Grundlagen eingegangen war (Strahlenarten, Messung der Strahlen), behandelte er daran anschließend verschiedene Anwendungsmethoden im Bauwesen, so die Durchstrahlungsmethode (geschlossene Isotope), die Tracer- oder Leitmethode (offene Isotope) und schließlich die Neutronenmethode. Dipl.-Ing. Menkhoff von der TH Aachen sprach über „Gammastrahlen in der Forschung des Erd- und Betonbaus“. Dabei ging er besonders auf die zerstörungsfreie Prüfung der Boden- und Betonverdichtung mittels radioaktiver Isotope (geschlossene Präparate) ein. Anwendung findet sie vor allem im Straßenbau (Untergrundverdichtung) und bei der Festlegung der Dichte des Betons bei Verdichtung mit Innen-, Außen- und Tisch-

rüttlern. Dipl.-Ing. Hönig von der TH Brunn referierte einmal über die „Feststellung der Lage der Bewehrung in Stahlbetonkonstruktionen mittels radioaktiver Isotope“ und zum anderen über „Feststellung des Einflusses der günstigsten Isotope“. Zum ersten Thema: Das Bauteil wird zwischen Strahlenquelle und Film gebracht. Durch unterschiedliche Schwärzung des Films ist es möglich, Lage und Zustand der Bewehrung und ebenso Risse im Beton festzustellen. Zum zweiten Thema: Offene Isotope (Tracer-Methode) werden der Mischung zugegeben und dann deren Verteilung im fertigen Beton festgestellt.

Beim Mischvorgang wurde die Reihenfolge der Zugabe von Zement, Zuschlägen und Wasser variiert - dann die einzelnen Mischungen in Würfel gefüllt, gestampft und zerschnitten - Abbildung auf Film und Rückschlüsse auf beste Verteilung der Bestandteile sowie Struktur des Betons.

Im Anschluß an die Vorträge fand eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion statt, die Dipl.-Ing. Löser leitete.

Alle Teilnehmer, Professoren, Kollegen aus der Praxis, Assistenten und Studenten, haben wertvolle Anregungen durch dieses Kolloquium erhalten.

Karla Böttner

9. Plenum in Aktion

Der Senat beschäftigte sich eingehend mit der Auswertung in Lehre und Forschung

Welche Bedeutung der Lehrkörper unserer Hochschule dem 9. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beimißt, zeigt allein schon die Tatsache, daß die Auswertung des 9. Plenums für Lehre und Forschung zweimal Gegenstand einer Senatssitzung war. Wir möchten uns in unserem Bericht auf den Bereich der Lehre beschränken und auf den Beschluß eingehen, der gefaßt wurde, um die Ausbildung unserer Studenten mit den Forderungen des 9. Plenums in Einklang zu bringen.

Keine bloße Korrektur von „Schönheitsfehlern“

Im Mittelpunkt der Diskussion hinsichtlich der Ausbildung stand deshalb vor allem die Forderung nach einer grundsätzlichen Lösung der Studienplanfragen. Mit einer bloßen Korrektur einzelner Details werde kein voller Erfolg erzielt werden, war die Meinung von Prof. Dr.-Ing. Kienast, die der Prorektor für Studienangelegenheiten, Genosse Kursitz, unterstrich. Auch Prof. Dr.-Ing. Schwabe war der Auffassung, daß die unter Vorsitz des Genossen Prof. Dr. Recknagel für diese Probleme neu gebildete Senatskommission autorisiert werden sollte, mit Zustimmung des Senats bestimmte Veränderungen durchzusetzen. Es habe keinen Zweck, unerlöslich zu diskutieren und nichts zu verändern.

Bei den Beratungen dieser Fragen an den Fakultäten sei es wichtig, die Notwendigkeit der Einheit von Technik und Ökonomie zu berücksichtigen. Darauf wies besonders Genosse Prof. Dr. H. Lange hin, und der 1. Sekretär der

Hochschulparteilung, Genosse Ehrlich, empfahl, an allen Fakultäten zu untersuchen, welche Probleme nach den Beschlüssen des 9. Plenums behandelt werden müssen, damit unsere Absolventen den Erfordernissen der sozialistischen Praxis entsprechen.

In diesem Zusammenhang unterstrich Genosse Prof. Dr. H. Lange die Forderung des 9. Plenums nach einer verstärkten Ausbildung von Technologen, und Prof. Dr.-Ing. Berthold betonte, daß man sich an der Hochschule nicht auf die Beschäftigung mit der alten Technologie beschränken darf. Zum Beispiel müßte man auch die Schweißtechnik mit einbeziehen.

Koordinieren und nochmals koordinieren!

Prof. Dr.-Ing. Bobeth, der als Dekan der Fakultät für Technologie über die Beratungen seiner Fakultät zu den Fragen des 9. Plenums berichtet, vertrat die Auffassung, daß zwar Schweißtechnologien nicht an der TH ausgebildet werden sollten, da dafür die Fachhochschulen in Magdeburg und Karl-Marx-Stadt zuständig sind. Er befürwortete aber eine Verbesserung der Kenntnisse über das Schweißen und über Fragen der Klebtechnik. Das Anliegen seines Diskussionsbeitrages war es vor allem darauf hinzuwirken, daß trotz der guten Zusammenarbeit einzelner Institute die Arbeit noch stärker koordiniert bzw. abgegrenzt, noch zielstrebiger angefaßt und noch mehr auf Schwerpunkte ausgerichtet werden müßte.

Auf dieses Problem lenkte auch Genosse Prof. Dr.-Ing. Fröhau in einem anderen Zusammenhang die Aufmerksamkeit des Senats. Die Fragen der Automatisierung, die weit über den Bereich der Regelungstechnik hinausgehen, müßten bei der Ausbildung mehr in den Vordergrund gestellt werden. Die Fakultät für Elektrotechnik könne diese Aufgaben nicht allein lösen. Es bedarf einer entsprechenden Koordinierung, damit Überschneidungen vermieden werden.

Die Bildung der Senatskommission, deren Zielstellung und Aufgaben im Beschluß detailliert dargelegt werden, bedeutet, daß wir auf dem Wege zur Erreichung des Zieles: ausgezeichnete Fachleute und gute Sozialisten in die Praxis zu schicken, einen weiteren Schritt vorangekommen sind.

-roi-

Kein Stoff für Dissertationen?

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in der Nr. 11 der „HZ“ einen Beitrag, der sich mit der Frage beschäftigte: Wie wollen wir erreichen, daß unsere Assistenten in der vorgesehenen Zeit von vier Jahren ihre Promotion zum Abschluß bringen, wenn sie nach ein-, zwei- oder in Einzelfällen nach dreijähriger Assistentenzeit noch ohne Dissertationsthema sind? Im Hinblick auf die Lösung unserer wirtschaftlichen Aufgaben, deren eminent politische Bedeutung wir uns immer erneut vor Augen halten müssen, ist es einfach unumgänglich, Wege zu finden, um die in der Assistentenordnung festgelegte Zeit für die Promotion einzuhalten. Dabei treten Schwierigkeiten auf. Die Tatsache, daß es sich nicht um eine Frage handelt, die einige Institute unserer Hochschule oder nur die TH betrifft, sondern um ein Problem, mit dem alle Hochschulen der DDR ringen, unterstreicht die Dringlichkeit, gemeinsam die gegebenen Schwierigkeiten zu meistern. Darum informierten wir über den gegenwärtigen Stand der Dinge an unserer Hochschule.

Wir freuen uns deshalb, daß Herr Professor Lewicki uns seine Meinung dazu schrieb, die wir nachstehend veröffentlichen.

Im Beitrag „Kein Stoff für Dissertationen“ in Ihrer Nr. 17 wird Kritik geübt, daß es an unserer Technischen Hochschule viele Assistenten gibt, die noch an keiner Dissertation arbeiten, obwohl sie bereits ein bis zwei Jahre Assistententätigkeit ausüben. Als Beispiel hierfür führen Sie u. a. auch mein Institut für Baubetriebswesen an. Kritik muß sein. Sie dient der Verbesserung der Arbeit. Aber Kritik muß sachlich und richtig sein und darf sich nicht auf falschen Voraussetzungen aufbauen. Ich halte es für schlecht, daß Sie sich nicht vor der Veröffentlichung Ihrer Kritik mit den Direktoren der in Frage kommenden Institute in Verbindung setzten, wie es im Interesse einer objektiven Klärung richtig gewesen wäre, sondern daß sich nur bei anderen teilweise nicht richtig unterrichteten Stellen informierten.

Eine Dissertation in einem technologischen Fachgebiet ist etwas anderes als eine solche in einem geisteswissenschaftlichen Gebiet oder in einer naturwissenschaftlichen Grundwissenschaft, wozu auch die von Ihnen erwähnten Fächer Geodäsie und Hochbaustatik gehören. In diesen Gebieten ergeben sich Dissertationsthemen aus theoretischen Problemen, die schon während des Studiums auftauchen, wohingegen die Themen in den technologischen Fachgebieten aus der Praxis heraus wachsen müssen.

Es ist eine irrige Ansicht, daß die

Dissertationsthemen in derselben Weise wie die Diplomaufgaben von den Professoren gestellt werden müßten. Schon die Wahl des Dissertationsthemas durch den Doktoranden ist ein Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit für die Dissertation. Es ist verfehlt, die Promotion als eine Prüfung in Fortsetzung des Studiums und der Diplomprüfung anzusehen. Technologische Themen gibt es gewiß sehr viele, aber fast alle sind für junge Diplomingenieure ohne Praxis nicht geeignet.

So lasse ich die Frage der Dissertationsthemen und der Promotion auf. Deshalb beginnen meine Assistenten erst nach einigen Jahren Assistententätigkeit mit der Bearbeitung einer Dissertation.

Eine sachliche Unrichtigkeit in Ihrem Beitrag sei noch richtiggestellt: Mein Assistent, Herr Dipl.-Ing. Teige, arbeitet schon seit fast zwei Jahren an einer versuchs-technischen Arbeit, die er in langen Vortragsreihen schon weit gefördert hat. Die weiter erwähnten Assistenten Leistner und Böttner haben bis jetzt den Beginn einer Dissertation aus persönlichen Gründen abgelehnt. Bereiten Sie also bitte in Zukunft derartige Kritiken besser vor und üben Sie keine auf einseitigen Informationen beruhende Kritik.

Prof. Lewicki

Wir stimmen nicht in allen Punkten mit den Ausführungen von Herrn Prof. Lewicki überein. Sicher sind die Voraussetzungen und Bedingungen für eine Dissertation in den einzelnen Fachgebieten verschieden. Aber auch die Doktorarbeit, z. B. im geisteswissenschaftlichen Bereich, wächst aus der Praxis heraus und bedarf der Praxis des Einzelnen. - Wir sind mit Herrn Prof. Lewicki gleicher Ansicht, daß die Promotion keine Fortsetzung der Diplomprüfung und die Wahl des Themas bereits ein Teil der wissenschaftlichen Arbeit für die Dissertation ist. Doch darf das nicht zur Überschreitung der Assistentenzeit führen. Sollte es nicht möglich sein, junge Assistenten auf bestimmte Probleme hinzuweisen, auf die andere bei ihrer Arbeit an der Dissertation stießen, ohne sie selbst behandeln zu können?

In der von uns erbetenen Aussprache stimmte uns Herr Prof. Lewicki darin zu, daß die kollektive Arbeit Möglichkeiten bietet, die bestehenden Schwierigkeiten zum Teil zu beseitigen. Er war der Meinung, daß sich eine der nächsten Fakultätsberatungen mit diesen Fragen beschäftigen sollte, und stimmte unserem Vorschlag zu, eine Aussprache mit den Assistenten des Instituts und einem Mitarbeiter des Prorektorates über die angeschnittenen Fragen zu führen.

Red.